

meidet, die geeignet sind, die Entscheidung zugunsten des Schwangerschaftsabbruchs zu beeinflussen. Insoweit wird man dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts seine Zustimmung nicht versagen können. *Rudolf Schmitt*

<sup>1</sup> Aktenzeichen 1 BvF 1/74 bis 6/74. <sup>2</sup> Vgl. (für das Strafverfahren) §§ 268 II, 275 I StPO. <sup>3</sup> Vgl. (für das Strafverfahren) BGHSt 25,335/36, aber auch § 275 I S. 3 StPO. <sup>4</sup> Das Minderheitsvotum umfaßt 27 Seiten. <sup>5</sup> Das Urteil umfaßt 113 Seiten; doch beginnen die Entscheidungsgründe erst auf Seite 85, die eigentlich tragenden Gründe sogar erst auf Seite 90. <sup>6</sup> Vgl. Seite 90/91, 104 des Urteils. <sup>7</sup> Urteil Seite 57. <sup>8</sup> Vgl. das Urteil auf S. 34/35 (Bundesregierung) und auf S. 42 (Prof. Ehmke für den Bundestag). <sup>9</sup> Urteil Seite 50.

<sup>10</sup> Vgl. schon Rudolf Schmitt, Reform des § 218 StGB ?, in: Hepp-Schmitt, Zur Reform des § 218 StGB, Paderborn 1974, Seite 15. <sup>11</sup> Vgl. z. B. Hanack ZRP 1970, 134. <sup>12</sup> Vgl. Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches, Besonderer Teil, Straftaten gegen die Person, Erster Halbband, Tübingen 1970, Seite 8 und 30 (jeweils Fußnote). <sup>13</sup> Vgl. Alternativ-Entwurf a. a. O. S. 30/31. <sup>14</sup> Vgl. Urteil S. 86. <sup>15</sup> Vgl. schon Rudolf Schmitt a. a. O. S. 16. <sup>16</sup> Vgl. das Urteil auf S. 80. <sup>17</sup> BVerfGE 37, 324. <sup>18</sup> A. a. O. S. 325. <sup>19</sup> Urteil S. 91. <sup>20</sup> Vgl. Schönke-Schröder, Strafgesetzbuch-Kommentar, 17. Auflage 1974, § 218 Rdnr. 9. <sup>21</sup> Der Wortlaut des Gesetzes spricht hier für einen Schuldausschließungsgrund. <sup>22</sup> Vgl. dazu schon Rudolf Schmitt a. a. O. S. 14. <sup>23</sup> Vgl. bereits Schroeder ZRP 1972, 105. <sup>24</sup> Vgl. Urteil S. 66. <sup>25</sup> Vgl. Bundestags-Drucksache 7/1981 (neu) S. 17 (zu § 219). <sup>26</sup> Vgl. Der Spiegel, Nr. 9/1975, S. 127 (Ein Mißverständnis). <sup>27</sup> Vgl. schon Rudolf Schmitt a. a. O. S. 17/18.

## Interview

# Staat und Kirche als Partner in der Entwicklungshilfe

## Ein Interview mit Bundesminister Egon Bahr

*Über das Verhältnis von kirchlicher und staatlicher Entwicklungshilfe sowie über die gegenwärtige Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik führten wir das folgende Gespräch mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr.*

**HK:** Herr Minister Bahr, ebenso wie Ihr Vorgänger Erhard Eppler haben Sie von Anfang an lobende Worte für die kirchliche Entwicklungshilfe gefunden und erst kürzlich Erhöhungen der staatlichen Zuwendungen für die kirchlichen Hilfswerke „Misereor“ und „Brot für die Welt“ zugesagt. Wo liegen die Motive für diese erkennbar positive Einschätzung kirchlicher Entwicklungshilfe?

**Bahr:** Sie beruhen darauf, daß die Kirchen die Hauptträger von Aktivitäten sind, die dazu beitragen, die Bürger zu einer aktiven Spendenhilfe zugunsten der Dritten Welt zu mobilisieren. Niemand sonst schafft dies in vergleichbarem Ausmaß. Und ich begründe das nicht nur wegen des „Mammons“ — obwohl man den auch nicht verachten soll: mehr als 1 Milliarde Mark, seit Misereor 1959 ins Leben gerufen worden ist, sind schon ein Wort —, aber ich begrüße dies vor allen Dingen, weil durch diese Beschäftigung den Menschen in diesem Lande ein Bewußtsein davon vermittelt wird, wie ungleich besser es uns geht, und daß alle Schwierigkeiten, die wir zugegebenermaßen haben, unvergleichbar sind mit der Not, in der

sich die Masse der Menschheit befindet. Wenn wir es mit unseren Idealen ernst nehmen, dann kann man nicht an dieser Not vorbeigehen: die Kirchen sind insoweit Organisationen, die den Menschen in unserem Lande das Bewußtsein dieser Realitäten durch ihre Aktionen nahebringen.

## „Wir machen die Prüfung in vollem Respekt vor der Entscheidung der Kirche“

**HK:** Sie betonen immer wieder, Entwicklungshilfe solle nicht in erster Linie karitative Tätigkeit sein. Ist Ihre Einschätzung kirchlicher Entwicklungshilfe so zu verstehen, daß Sie den Kirchen möglichst die trotzdem nicht eliminierbare karitative Seite überlassen möchten?

**Bahr:** Nein, das wäre eine Mißinterpretation. Ich wünsche, wir kämen alle zu einem Punkt, an dem wir die karitativen Aktionen einstellen könnten. Denn Entwicklungspolitik beginnt eigentlich erst hinter dem Punkt, an dem unsere Tätigkeit gefordert ist, um einen Beitrag dazu zu leisten, daß weniger Menschen an Hunger sterben. Aber nachdem die Welt so ist, wie sie ist, werden wir für eine noch nicht überschaubare Zeit diese einfache karitative Hilfe leisten müssen. Was ich sagen wollte ist nur: Die Hilfe zur Selbsthilfe — die Entwicklungspolitik —



beginnt eigentlich erst für Staat und Kirchen hinter dieser Schwelle, wie dies auch praktiziert wird.

*HK:* „Misereor“ brachte im Jahre 1974 aus Spenden, Sonderkollekten und Zuwendungen aus kirchlichen Haushaltsmitteln 88,2 Millionen DM auf. Von staatlicher Seite wurde über die „Zentralstelle für Entwicklungshilfe“ noch einmal fast genau die Hälfte dieser Summe, nämlich 44,0 Millionen DM, für den „Misereor“-Fonds 1974 beigesteuert. So beachtenswert solche kirchlich-staatliche Zusammenarbeit in Sachen Entwicklungshilfe ist, besteht nicht die Gefahr, daß die kirchlichen Hilfswerke in große Abhängigkeit von der Entwicklungspolitik der jeweiligen Regierung geraten, da schließlich jedes mit Mitteln Ihres Ministeriums geförderte Projekt nicht nur unter entwicklungs-, sondern auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten geprüft wird?

*Bahr:* Wir machen die Prüfung in vollem Respekt vor den Entscheidungen der Kirche selbst. Und die Tatsache, daß sich die staatlichen Mittel ein bißchen erhöht haben, führt uns nicht dazu, die Anforderungen an die Kirchen zu erhöhen, d. h., wir bleiben auf den bisherigen Regeln stehen.

*HK:* Die Grundsätze Ihres Ministeriums sehen u. a. vor, daß alle mit staatlichen Mitteln geförderten Projekte der Kirchen einer genauen Prüfung unterzogen werden. Entfällt dadurch nicht für die Kirchen die bisher immer als Vorzug angesehene Möglichkeit, ihre Hilfe auch dort einzusetzen, wo die Regierung aus Rücksichtnahme auf politische Verpflichtungen nicht eingreifen kann? Kredite für Chile zum Beispiel wurden von Ihrem Ministerium unter Hinweis auf die Politik der Militärjunta abgelehnt. Sie selbst wiesen aber darauf hin, daß karitative Organisationen und die Kirchen der Bevölkerung direkt helfen könnten. Wenn dabei von den kirchlichen Hilfswerken auch die staatlichen Zuwendungen verwandt werden, betreibt die Regierung dann nicht eine Politik der Augenschere und Doppelzüngigkeit? Werden die Kirchen dabei nicht als Lückenbüßer vorgeschoben?

*Bahr:* Nein. Ich muß genau wissen, nach welchen Kriterien ich vorgehe. Wenn ich sage, daß ich die Eigenverantwortung der Kirche respektiere, dort zu helfen, wo sie es aus ihren humanitären oder karitativen Überlegungen für notwendig hält, dann darf ich ihr dabei nicht in den Arm fallen, wenn es mir politisch nicht paßt. Das heißt: Ich bin bereit, der Kirche Mittel auch für Projekte in einem Land zur Verfügung zu stellen, bei dem die Hilfe von Regierung zu Regierung eingestellt worden ist. Und wenn sie sagt, es gibt in Chile heute im Gegensatz zur Situation vor zwei Jahren primitiven Hunger, wir sind dort gefordert, den Menschen zu helfen, dann werde ich ihr dabei nicht in den Arm fallen. Ich halte dies für eine humanitäre Selbstverständlichkeit.

## „Immer schwieriger, den Gesichtspunkten des Rechnungshofes Rechnung zu tragen . . .“

*HK:* Die Partner in den Entwicklungsländern empfinden die Kontrolle durch die Vergabestellen immer häufiger als Diskriminierung. Es wird auch für die kirchlichen Hilfswerke zunehmend schwieriger werden, die Durchführung der Projekte in ihrem Sinne zu beeinflussen. Hätte die Ablehnung der deutschen Hilfswerke als mitkontrollierende Partner zur Folge, daß Ihre Bereitschaft abnimmt, den kirchlichen Werken Haushaltsmittel für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen?

*Bahr:* Nein. Sie würde nicht abnehmen, weil ich die von Ihnen angedeutete Entwicklung für eine natürliche halte. Ich bin der Überzeugung, daß es immer schwerer sein wird, den Gesichtspunkten des Rechnungshofes für die Investition oder Ausgabe von Mitteln der Bundesrepublik Deutschland in fremden Ländern mit ihrer Eigensouveränität Rechnung zu tragen. Dies wird ein schwieriger Prozeß, den wir vor uns haben, auf den wir uns einstellen müssen und — ich glaube im Zusammenwirken mit den betreffenden Ländern — auch werden einstellen können.

*HK:* Ihre Grundsätze für die Vergabe von Mitteln an die kirchlichen Hilfswerke sehen vor, daß keine Projekte mit pastoralem oder missionarischem Charakter gefördert werden. In kirchlichen Denkschriften wird immer stärker betont, daß sich Entwicklungshilfe und Mission nicht trennen lassen, sondern Entwicklungsdienst integraler Bestandteil der kirchlichen und missionarischen Arbeit in der Dritten Welt ist. Hat diese Sicht Konsequenzen für die Kooperation zwischen Staat und Kirche in der Entwicklungshilfe?

*Bahr:* Das ist ein weites Feld, um mit Theodor Fontane zu reden, und ich weiß nicht, ob wir dieses Feld jetzt betreten sollten. Ich bin persönlich anderer Auffassung, als es in diesen Denkschriften zum Ausdruck kommt. Aber vielleicht ist das auch eine Frage der Interpretation. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Stärke der Tätigkeit der Kirchen in den Entwicklungsländern gerade darauf beruhte, daß sie nicht damit missionieren wollten, sondern daß sie ihren Überzeugungen entsprechend in der Verpflichtung zum Dienst am Menschen gehandelt haben. Wenn die Kirchen das anders sähen oder ihre Schweregewichte anders legen würden, dann würde ich das bedauern. Aber dies ist bisher nicht der Fall. Ich sehe keinen Grund, deshalb unser praktisches Verhalten, d. h. die Zuwendungen der Mittel, zu verändern.

*HK:* Als ein besonderer Vorzug der kirchlichen Entwicklungshilfe gilt gemeinhin, daß ihre Träger in der Regel weniger Rücksicht auf die unterschiedlichen politischen Verhältnisse in den jeweiligen Empfängerländern zu neh-



men brauchen und daß sie unmittelbar mit Partnern an der „Basis“ zusammenarbeiten können. Doch gibt es Anzeichen dafür, daß diese Unabhängigkeit durch Versuche der Regierungen verschiedener Länder der Dritten Welt, die Kirchen unterzuordnen, zu reglementieren und in ihrer Handlungsfreiheit zu beschränken, allmählich schwindet. Würde eine engere Bindung der Kirchen an die jeweiligen Regierungen in der Dritten Welt in Zukunft bedeuten, daß ein wichtiger Grund für die Vergabe der Mittel an die Kirchen durch Ihr Ministerium wegfiel?

### „Gehet hin und tuet desgleichen — trotz geringerer Kirchensteuereinnahmen“

*Bahr:* Hier müssen wir eine Reihe von sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten unterscheiden. Zunächst knüpfe ich an das an, was ich eben gesagt habe. Ich bin nicht nur davon überzeugt, daß es richtig war, karitative und entwicklungspolitische Tätigkeit einerseits und Missionierung andererseits zu trennen, sondern ich bin auch der Überzeugung, daß diese Trennung in vielen Ländern die einzige Basis für die Tätigkeit der Kirchen dort ist. In dem Augenblick, in dem die Kirchen dieses Prinzip durchbrechen und die Missionierung als einen integrierten Teil oder als eine Vorbedingung ihrer Hilfe auffassen würden, würden sie sich selbst Tätigkeiten in einer Reihe von Ländern abschneiden.

Sodann meine ich respektieren zu müssen, daß die Kirchen aus ihrer Verantwortung tätig werden, auch wenn dies zuweilen an Regierungen vorbeigeschieht. Sie haben dafür nicht nach der Genehmigung der Bundesregierung zu fragen, und die Bundesregierung hat dafür auch keine Genehmigungen zu geben. Das wird wohl auch so weitergehen, wobei ich glaube, daß die Kirche selbst — sagen wir einmal — das Gefühl der Gerechtigkeit walten lassen, d. h. daß sie sowohl in Ländern mit Rechtsregimen als auch in Ländern mit Linksregimen Hilfe gewährt, wenn Hilfe für den Menschen gefragt ist.

Schließlich bin ich der Ansicht, daß die Kirchen genug Tätigkeitsmöglichkeiten in anderen Ländern haben, wenn es ihnen aus Gründen, die außerhalb ihrer Verantwortung liegen, versagt ist, in dem einen oder anderen Lande tätig zu werden. Das heißt: Die Tatsache, daß das eine oder andere Land den Kirchen verschlossen werden mag, bietet keinen Grund zu einer Kürzung der Mittel, denn sie werden froh sein, diese Mittel dann woanders einsetzen zu können.

*HK:* In der letzten Zeit, da sich der Bundeshaushalt infolge verschiedener Ursachen in zunehmender Bedrängnis befindet, hat es den Anschein, als würden die Kirchen mit ihrem ständig steigenden Spendenaufkommen für die Entwicklungshilfe als Alibi bzw. als dankbar begrüßter „Ersatzspieler“ von Regierung und Parteien angesehen. Trifft das Ihrer Ansicht nach zu?

*Bahr:* Überhaupt nicht. Denn hier handelt es sich um sehr unterschiedliche und deshalb eigentlich fast in der Qualität unvergleichbare Größenordnungen. Wenn man über Kürzungen für Entwicklungshilfe auf dem staatlichen Sektor diskutiert, dann ist das im Grunde eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Denn in Wirklichkeit handelt es sich nicht um Kürzungen, sondern um Kürzungen der vorgesehenen Erhöhungen. In Wirklichkeit wird erhöht, aber nicht so viel, wie es wünschbar wäre. Die staatliche Entwicklungshilfe wird überproportional erhöht, gemessen an der generellen Haushaltserhöhung. Und da kann ich nur den Kirchen sagen: Gehet hin und tuet desgleichen — trotz geringerer Steuereinnahmen sowohl bei den Kirchen wie beim Staat.

*HK:* Welche Rolle messen Sie der Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen in entwicklungspolitischen Fragen bei? Sehen Sie diese als Ergänzung der Öffentlichkeitsarbeit von staatlicher Seite oder teilweise als Herausforderung, wenn es z. B. um Fragen wie garantierte Rohstoffpreise und Zollabbau geht?

*Bahr:* Nein. Ich sehe es als eine Ergänzung an, und selbst wenn die Kirchen eine andere Nuancierung haben, empfinde ich es nicht als Herausforderung, sondern als einen dringend erwünschten Beitrag zu einer öffentlichen Diskussion, die in diesem Lande lebhafter werden sollte, damit das Bewußtsein von den Notwendigkeiten vertieft wird, denen wir uns gegenübersehen. Die Welt verändert sich, und eine Reihe von Leuten sieht dies früher. Wir alle müssen, jeder an seinem Ort, dazu beitragen, daß mehr Menschen es rechtzeitig genug sehen und sich auf die neuen Realitäten einstellen.

### „Eine verantwortliche Antwort . . ., die die Kirche bisher nicht gegeben hat“

*HK:* In den Fragen des Bevölkerungswachstums und der Geburtenregelung, die ja sehr eng mit der gesamten Thematik der Entwicklungshilfe verbunden sind, bestehen ganz offensichtlich Differenzen in der Anschauung zwischen Kirche und Regierung. Beeinträchtigt diese Diskrepanz in irgendeiner Weise die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe?

*Bahr:* Ich betone, daß es sich hier in der Tat um einen wirklich grundsätzlichen Meinungsunterschied handelt. Ich bin der Überzeugung, daß die zunehmende Explosivität der Spannungen zwischen den Entwicklungsländern mit einer großen Bevölkerungszahl und den Industrieländern eine verantwortliche Antwort braucht, die bisher von der Kirche nicht gegeben wird. Dies kann mich nicht daran hindern, auf allen anderen Gebieten mit der Kirche zusammenzuarbeiten, wo wir in die gleiche Richtung marschieren. Nach meiner Auffassung ist die Kirche aus ihrer



Situation heraus noch nicht in der Lage, die notwendige Konsequenz zu ziehen. Ich gebe zu, daß es für sie schwerer ist als für alle anderen Organisationen des Staates und der Welt. Aber hier muß man der Kirche Zeit und Luft lassen, sich auf die neuen Realitäten einzustellen.

*HK:* Ihr Vorgänger hat kurz nach seinem Rücktritt die Bundesrepublik als ein unterentwickeltes Land in bezug auf die entwicklungspolitische Diskussion bezeichnet. Ist das auch Ihre Ansicht, und wo und wie müßte das geändert werden?

*Bahr:* Ich würde dieses Wort meines Vorgängers nicht nur unterstreichen wollen, ich würde es ausweiten. Ich bin der Überzeugung, daß das für Frankreich, für England, für Italien, für Amerika, für die meisten Industrieländer genauso gilt. Ich könnte Länder wie die Niederlande und Schweden vielleicht als einzige ausnehmen. Dies liegt an der — fast würde ich sagen — schrecklichen Ich-Bezogenheit und an dem phantastischen Egoismus der Menschen in den Industrieländern, die gar nichts anderes gewohnt sind, als sich als den Mittelpunkt der Welt zu betrachten. Niemand darf ihnen daraus einen Vorwurf machen. Wenn man das abbauen will, muß man die Menschen hier bei uns — wie es die Kirchen auf ihre Weise tun — auch vom Staat her mehr als bisher mit den neuen Realitäten bekannt machen. Die Welt sieht anders aus, als die meisten von uns gewohnt sind, sie sich vorzustellen.

*HK:* Unter Hinweis auf Fehlentwicklungen in der Dritten Welt, z. B. Begünstigung einer kleinen Führungsschicht in Bangladesch, Verhinderung der Landreform in Indien, „unglaublicher“ Reichtum des gestürzten Kaisers von Äthiopien — all dies bei größter Not der jeweiligen Bevölkerung —, wurde kürzlich sehr massiv der Vorwurf erhoben, „aus Angst vor Rückschlägen in der Öffentlichkeitsarbeit werde der Mantel des Schweigens zum wichtigsten Kleidungsstück der Entwicklungsexperten“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 22. 12. 74). Ist dieser Vorwurf nicht berechtigt?

*Bahr:* Leider Gottes ist das Bild von Entwicklungsländern, wie wir wissen, von solchen teils richtigen, teils falschen Vorstellungen noch weitgehend geprägt. Ich halte den genannten Vorwurf aber für unberechtigt, denn gerade die Vorurteile, die Sie eben genannt haben, sind doch etwa nicht mit dem Mantel des Verschweigens zugedeckt worden, sondern sie sind in allen Boulevardzeitungen zu lesen. Schlagzeilen mit gleichen Vorurteilen hätte man im Jahre 1900 in der Presse der Entwicklungsländer oder der damaligen Kolonien machen können, wenn die Leute dort schon hätten lesen können. Daß sie nicht lesen konnten, war ja nicht ihre Schuld. Aber man hätte damals in den Kolonien doch auch schreiben können: Sagenhafter Reichtum von Krupp, und trotzdem verhungern soundsoviele Leute in Oberschlesien oder ich weiß nicht wo. Das hat

es doch alles auch gegeben. Wir sollten doch nicht so tun, als lebten wir schon seit mehr als hundert Jahren in einem Paradies. Wir sollten nicht über Leute zu Gericht sitzen, die vor 10 oder 15 Jahren aus dem Kolonialismus entlassen worden sind und in den 15 Jahren noch nicht gelernt haben, die Probleme zu lösen, die wir auch noch nicht gelöst haben.

### „Ein Kurswechsel findet nicht statt“

*HK:* Es war in den letzten Wochen viel von einem Kurswechsel in der deutschen Entwicklungspolitik die Rede. Lassen wir einmal mögliche Fehlinterpretationen beiseite, worin könnte ein solcher Kurswechsel bestehen?

*Bahr:* Ein Kurswechsel findet nicht statt. Wir haben ein Konzept in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet, die Bundesregierung hat es beschlossen, es ist nachzulesen 1971, es hat eine Fortschreibung gegeben 1973, und es hat sich großer internationaler Anerkennung erfreut bis zum heutigen Tage. Wir haben also nicht nötig, ein neues zu bauen, wir werden das bestehende durchführen. Seit dem Jahre 1973 hat sich ein Punkt in der Tat völlig neu ergeben, nämlich die Ölpreisexplosion und die Preiserhöhung auf einer Reihe von Rohstoffsektoren. Dies hat niemand gewußt — die Vereinten Nationen nicht, die Amerikaner nicht, die Entwicklungsländer nicht, andere Industrieländer nicht, niemand. Dies bringt für die Weltwirtschaft Probleme; sie sind auch noch ungelöst. Niemand hat bisher ein funktionierendes Rezept dafür. Infolgedessen gibt es auch noch kein Konzept zur Lösung.

Die Frage, ob das für die Entwicklungspolitik Folgen hat, muß man bejahen. Es wäre ein Wunder, wenn es keine Folgen hätte. Das Wunder ist nicht eingetreten, und wir sind dabei, mit anderen Ländern das entwicklungspolitische Konzept auf diese neue Situation zuzuschneiden, besser gesagt, es um diesen neuen Sektor zu ergänzen. Dies werden wir im Laufe des nächsten halben Jahres machen. Wir haben festzustellen, daß noch niemand in der Welt ein gültiges Konzept dafür hat, außer, daß man allgemein die Richtung akzeptiert hat, daß man zusätzliches Ölgeld mit dem technologischen Wissen der Industrieländer zugunsten der am meisten zurückgebliebenen Länder kombinieren muß. Das ist sozusagen die allgemeine Marschrichtung. Auch da gibt es noch keine festen Rezepte, aber es ist die Marschrichtung. Inzwischen gehen viele in diese Richtung.

*HK:* Gibt es bereits handfeste Hinweise oder Reaktionen, etwa seitens der Ölländer?

*Bahr:* Es gibt Reaktionen auf allen Seiten — bei Industrieländern, bei Entwicklungsländern, bei Ölländern. Alle sagen — mit einer gewissen Reserve der Ölländer, was verständlich ist —, im Prinzip ja, aber gebt uns ein bißchen Zeit.



*HK:* Zwingt die Verknappung der Mittel und die weltweite Veränderung des Kapitalmarktes im Gefolge der Ölpreisentwicklung zur Festlegung auf neue Schwerpunkte in Empfängerländern und bei beförderten Projekten?

*Bahr:* Aus dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir — abgesehen von der Erfüllung unserer eingegangenen Verpflichtungen — versuchen, die Mittel zugunsten der am meisten zurückgebliebenen Länder umzulenken, und das bedeutet außerdem, daß wir versuchen, stärker zu konzentrieren auf die Entwicklung der Landwirtschaft, d. h. einen Beitrag dazu zu leisten, daß viele Länder zunächst einmal in der Lage sind, sich selbst zu ernähren. Auch dies geschieht in Übereinstimmung mit den Prioritäten, die die Vereinten Nationen gesetzt haben.

*HK:* Ist der Erfolg eines solchen Programms verstärkter Hinwendung zur Landwirtschaft nicht weitgehend davon abhängig, ob in den Entwicklungsländern auch wirkungsvolle Landreformen durchgeführt werden? Haben deutsche Stellen in dieser Hinsicht überhaupt eine Einflußmöglichkeit?

*Bahr:* Nein, die haben wir nicht. Aber wir können natürlich sagen, daß wir an einer Verstärkung der Nahrungsmittelerzeugung interessiert sind — unabhängig davon, in welcher gesellschaftlichen Form das geschieht. Wir sind frei, den Ländern zu sagen, die eine oder andere Form kann nicht funktionieren, und wenn sie nicht funktionieren kann, dann werden wir dort eben nicht helfen. Es gibt genug Länder, die bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten und landwirtschaftliche Großformen auch zu erproben.

### „Entwicklungshilfe ist langfristige Friedenssicherung“

*HK:* Ihnen wurde in der letzten Zeit u. a. vorgeworfen, Sie betrachten Entwicklungshilfe vorrangig unter dem Gesichtspunkt politischer und wirtschaftlicher Eigeninteressen der Bundesrepublik, besonders hinsichtlich der Rohstoffsicherung. Wie stehen Sie zu diesem Vorwurf, und was ist in Ihrem Verständnis Entwicklungshilfe eigentlich?

*Bahr:* Zum Punkt Rohstoffsicherung kann ich nur folgendes sagen: Wir werden im Jahr 1975 das Doppelte einsetzen auf dem Gebiete der Rohstoffe wie im vergangenen Jahr, d. h. von 2 Prozent auf 4 Prozent gehen, und damit haben Sie das ganze Windel. Wir haben nicht zu leugnen, denn das wäre im Grunde nicht korrekt, daß wir auch Rohstoffinteressen haben. Das Thema Rohstoffe und Kolonien hängt miteinander zusammen, solange es Kolonien gibt, und es ist nicht verschwunden als Thema, seit die Kolonien unabhängige Länder geworden sind. Es wäre nicht aufrichtig, das leugnen zu wollen. Wo also das Interesse unseres Landes mit dem Interesse des Entwicklungslandes

übereinstimmt, wirtschaftlich unabhängiger zu werden durch die Ausbeutung seiner Rohstoffe, treffen zwei Interessen zusammen; wir können uns gegenseitig helfen, und niemand muß dem anderen Dankeschön sagen. Dies sind Projekte unter dem Gesichtspunkte des Nutzens für beide Beteiligten. Das sind die besten Projekte überhaupt. — Im übrigen kann ich nur sagen: Entwicklungshilfe soll einen Beitrag dazu leisten, daß die Spannungen zwischen Nord und Süd, zwischen Industrieländern und sich entwickelnden Ländern, nicht zu einer Explosion führen, sondern durch eine Evolution ausgetragen werden. Das heißt: Entwicklungshilfe ist für mich langfristige Friedenssicherung bis zu einem Punkte hin im Endziel, wo sie überflüssig wird, wo nämlich diese Länder imstande sind, allein zu laufen, und wo aus Entwicklungshilfe normale Handels- und Wirtschaftspolitik wird.

*HK:* Beruht die neuerliche Betonung der bilateralen Hilfe nicht im wesentlichen auf einem Gefühl der Kränkung der Industrieländer durch den Block der Entwicklungsländer, speziell in der UNO? Hat zum Beispiel die Nairobi-Konferenz der deutschen Afrikabotschafter nicht deutlich gemacht, daß wieder stärker auch die Durchsetzung politischer Interessen der Bundesrepublik bei der Mittelvergabe im Vordergrund stehen soll?

*Bahr:* Nein, das würde ich so nicht sehen. Zunächst einmal, wir wollen unsere multilaterale Hilfe auf dem hohen Stand belassen, d. h. zwischen 26 und 28 Prozent. Bei einem Wunsche der Vereinten Nationen, daß man 20 Prozent geben sollte, ist das nicht schlecht. Das heißt auch, daß die multilaterale Hilfe in absoluten Ziffern steigen wird, weil unsere Entwicklungshilfe insgesamt steigt. Wenn ich sage, daß die multilaterale Hilfe nicht weiter überproportional gesteigert werden soll, dann ist das keine Regel für immer, sondern es berücksichtigt die Tatsache, daß eigentlich die Weltbank und das System der Vereinten Nationen insoweit wirksamer sind in der Vergabe, schneller, effizienter in den Projekten, als andere multilaterale Organisationen es sind. Und wir haben in der heutigen Situation auch darauf zu achten, daß die Hilfe möglichst schnell und möglichst direkt an den Empfänger kommt und man das erreicht, was damit erreicht werden soll.

Die Zeiten Hallsteins sind vorbei. Wir sind nicht mehr gebunden durch unseren Konflikt mit der DDR, sondern hier marschiert jeder Staat nach seinen eigenen Überzeugungen. Wir setzen unsere Hilfe ein, und die Entscheidung, wo wir sie einsetzen, ergibt sich, indem wir zwei Kriterien einander gegenüberstellen. Das eine Kriterium ist der Wunsch des betreffenden Staates, seine Entscheidung über seinen Weg, seine Möglichkeiten, seinen Willen, das zweite Kriterium ist unsere souveräne Entscheidung über unseren Willen und unsere Vorstellungen. Zwischen diesen beiden Kriterien wird eine Entscheidung gefällt. Beide Seiten sind frei, ihre Interessen auf die Waagschale zu werfen.



*HK:* Sie haben kürzlich vor dem Glauben an Modelle gewarnt und haben dabei ausdrücklich China miteinbezogen bzw. diejenigen, die glauben, das chinesische Modell zu kennen. Spüren Sie in der Dritten Welt Sympathie für dieses Modell, und bedeutet dies vielleicht sogar ein Hindernis für Ihre Arbeit? Daß es ein chinesisches Modell gibt, das ist wohl klar . . .

*Bahr:* Ich möchte zunächst einmal folgendes sagen: Das, was die Chinesen in einer großen Zahl von Entwicklungsländern machen, verdient alle Hochachtung. Es verdient Hochachtung nicht zuletzt, weil sie mit einfachen technischen Mitteln in der Lage sind, der — sagen wir mal — primitiven Technologie der betreffenden Länder angepaßt, unter einem hohen Einsatz von Menschenkraft und unter großer Genügsamkeit, beachtliche Leistungen hinzustellen. Dies entspricht chinesischem Wesen. Europäische Experten sind nicht in der Lage, so zu arbeiten wie die Chinesen. Dies ist auf der einen Seite unser Nachteil. Auf der anderen Seite muß man sehen, daß sich die Chinesen natürlich in dem gleichen potentiellen Fehler befinden wie die Europäer: Keiner kann aus seiner Haut. Die Chinesen verhalten sich nach ihren Vorstellungen, die Europäer verhalten sich nach unseren Vorstellungen. Übertragbar ist weder das eine noch das andere. Beides hat Vorteile, beides hat Nachteile. Dies wollte ich nur sagen, weil nämlich die Afrikaner oder die Südamerikaner oder andere Asiaten aus ihren Traditionen, nach ihren Möglichkeiten, jeweils nach ihrem Standpunkt verschieden, sich das Richtige aussuchen und es umformen müssen zu ihrem eigenen Modell. Wir können alle nur Modelle anbieten. Wir können nicht unser System, unser Modell oder unsere Modelle oder Systeme automatisch, schematisch auf Drittländer übertragen wollen.

*HK:* Gerade christliche Gruppen beschäftigen sich neuerdings verstärkt mit dem Modell der Volksrepublik China. Das ist eine interessante und überraschende Entwicklung. Diese Gruppen suchen Anknüpfungspunkte u. a. in gemeinsamen Entwicklungsprojekten in und außerhalb Chinas. Sehen Sie für diese Ideen irgendwelche Verwirklichungschancen?

*Bahr:* Überhaupt keine. Bisher haben die Chinesen immer abgelehnt, mit anderen zusammenzuarbeiten. Sie wollen ihren Stiefel allein machen.

*HK:* Zum Schluß noch die Frage, was ist aus dem Plan geworden, bis 1978 0,42 Prozent des deutschen Brutto-sozialproduktes für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen? Wie sieht zum Beispiel das Budget für 1975 aus, falls Sie es schon sagen können, im Vergleich zu 1974?

*Bahr:* Der Ansatz für 1975 sieht eine Erhöhung um rund 9 Prozent auf 3,2 Milliarden vor, und wir werden damit die 0,32 Prozent etwas erhöhen. Wenn Sie nach der Ziffer bis 1978 fragen, so hängt diese natürlich auch davon ab, wie sich die deutsche Volkswirtschaft insgesamt entwickeln wird. Bislang geht die Bundesregierung mit ihrer mittelfristigen Finanzplanung, wie es sowohl der Bundeskanzler eben noch einmal gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als auch der Finanzminister im Parlament unterstrichen haben, davon aus, daß wir zwischen 1973 und 1978 unsere Mittel verdoppeln. Ob wir damit 0,42 oder 0,43 oder 0,41 erreichen, hängt von der Entwicklung unseres Bruttosozialproduktes ab, d. h. von unserem Beschäftigungsgrad, von sonstigen Zuwachsraten etc. Aber die Verdoppelung von 1973 bis 1978 ist nach wie vor Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung.

## Dokumentation

### Der Abschluß des Lehrverfahrens gegen Hans Küng

*Die römische Glaubenskongregation hat durch eine Erklärung vom 15. Februar 1975 das Lehrverfahren gegen den Tübinger Theologen Hans Küng wegen seiner Bücher „Die Kirche“ und „Unfehlbar?“ zum Abschluß gebracht. Wir haben darüber und über die begleitende Stellungnahme der deutschen Bischofskonferenz vom 17. Februar*

*im letzten Heft (S. 152) berichtet. Aus Termingründen konnten wir die beiden Texte nicht im Wortlaut dokumentieren. Die Tatsache, daß die Glaubenskongregation nach anhaltender Kritik an ihrer Verfahrensordnung den Fall durch eine Mahnung ohne Disziplinarmaßnahmen und ohne am Verfahren selbst festzuhalten, zum Abschluß*